



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 28.03.2011

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:55 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Bode
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Dullenkopf
Herr Stadtrat Funk
Frau Stadträtin Goeth
Herr Stadtrat Hagel
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Heinkele
Herr Stadtrat Herzhauser
Frau Stadträtin Kapfer
Herr Stadtrat Keil
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Dr. Schmid
Frau Stadträtin Sonntag
Herr Stadtrat Späh
Herr Stadtrat Walter
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Wiest
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Kopf, Hochbauamt bis TOP 4
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Herr Erster Bürgermeister Wersch
Herr Wilk, Hochbauamt bis TOP 4

Gäste:

Herr Marcus Pfab, Dollinger Realschule bis TOP 4
Herr Andritsch, Dollinger Realschule bis TOP 4

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Gedanken zur aktuellen Situation	
2.	Bürgerfragestunde - Probleme durch "Hechkeller"	
3.	Entwicklung Hochschule Biberach	31/2011
4.	Neubau Räumliches Bildungszentrum Schule und GT-Bereich Entwurf und Kostenberechnung	27/2011
5.	Bekanntgaben	
5.1.	Rückerstattung von "Jugend-Aktiv" für mobile Jugendarbeit	
6.	Verschiedenes	
6.1.	WC-Situation auf den ehemals konfessionellen Friedhöfen	
6.2.	Umgang mit waffenrechtlichen Vorschriften in Biberach	
6.3.	Informationen zum Hospiz	
6.4.	Mittagessenbetreuung an der Braith-Grundschule	
6.5.	Jubiläum Blaues Kreuz und Nutzung Gigelberg-Turnhalle	

Die Mitglieder wurden am 18.03.2011 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 24.03.2011 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Gedanken zur aktuellen Situation

OB Fettback führt aus, angesichts der Ereignisse der letzten Wochen seit der letzten Gemeinderatssitzung seien einige Ausführungen vor Eintritt in die Tagesordnung erforderlich.

Zunächst dankt er allen ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern, die bei der Landtagswahl am Vortag im Einsatz waren. In Biberach sei zum Glück nicht wie bei der zeitgleich durchgeführten Wahl in Rheinland Pfalz der Fall eingetreten, dass vergessen worden sei, eine Briefwahlurne auszuzählen.

Das Wahlergebnis löse sicher Freud und Leid aus. Dass es eine Zäsur für Baden-Württemberg darstelle sei außer Frage. Vielleicht frage sich mancher sogar, wofür er sich politisch und ehrenamtlich so lange engagiert habe. Mancher frage sich vielleicht auch nach der Stabilität im Lande.

Dies bringe ihn zu den einschneidenden Ereignissen in Japan, die in den letzten Wochen auch die Landtagswahl geprägt hätten. Er erinnert an die Schicksale, die die Menschen in Japan getroffen hätten, zuerst zwei Naturkatastrophen und dann die Probleme mit den Atomkraftwerken. Mittlerweile gehe sogar der Betreiber davon aus, dass es zumindest zu einer Teilkernschmelze gekommen sei. Angesichts derartiger Verhältnisse könne man umso mehr feststellen, dass man in Baden-Württemberg unabhängig von der politischen Einstellung nach wie vor von stabilen Verhältnissen ausgehen könne. Der Regierungswechsel in Stuttgart werde sicher zunächst zu Irritationen führen und es werde Zeit benötigen, bis die neue Regierung ihre Spuren gelegt habe. Man habe die letzten 58 Jahre stabile Verhältnisse gehabt und er zeigt sich überzeugt, dass dies auch künftig mit einer neuen Regierung der Fall sein werde. Der Staat sei ein wichtiges Gut. Professor Dr. Dr. Radermacher habe kürzlich bei einer Hochschulveranstaltung auch verdeutlicht, dass das die einzige Chance in einer globalen Welt der freiheitlich, demokratische, ökologische und soziale Rechtsstaat sei, den man verteidigen sollte nach außen und über die Parteigrenzen hinweg.

TOP 2 Bürgerfragestunde – Probleme durch "Hechkeller"

Frau Flori Kutter schildert die vielfältigen Probleme, die durch den "Hechkeller" für die Nachbarschaft bestehen. Sie spricht von Urinieren und Erbrechen in der Umgebung, Entblößungen, dem Umwerfen von Mülltonnen und Ruhestörungen durch laute Musik, die oft bis 4 Uhr nachts andauerten. Dies mache auf Dauer aggressiv. Nachts komme teilweise drei bis vier Mal die Polizei und dies zwei bis vier Mal die Woche. Es hätten bereits Gespräche mit Stadtvertretern und Professoren stattgefunden, in deren Verlauf von einer besonderen Regelung für diese Einrichtung gesprochen worden sei. Sie fragt, worum es sich hier handle, da andere gastronomische Betriebe bei derartigen Vorkommnissen mit Anzeigen rechnen müssten.

Sie entschuldigt sich für ihren emotionalen Vortrag, aber die Vorkommnisse belasteten auf Dauer sehr.

OB Fettback bezeichnet es als legitim, Derartiges einmal emotional vorzutragen. In der Regel seien es gastronomische Betriebe, die Sorgen machten. Die Probleme seien hier ähnlich und begleiteten ihn schon seit Jahren. Er habe am Folgetag ein Gespräch mit der Ordnungsamtsleiterin und werde thematisieren, ob ein erneuter Vorstoß unternommen werden sollte. Die Aussage, dass ein Unterschied zu gastronomischen Betrieben bestehe treffe zu, da diese Einrichtung keinen Gewinn erwirtschaftete.

Das Problem sei an dieser Stelle endlich, da man mit dem Verkauf der Dollinger-Realschule an das Land den Streubesitz des Landes übernommen habe, wozu auch der "Hechkeller" zähle, was 2013 umgesetzt werde. Es sei aber klar, dass dieses Problem andernorts wieder aufbrechen werde.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 31/2011 zur Beschlussfassung vor.

Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 17.03.2011.

OB Fettback bemerkt, die Stadt habe schon viel für die Entwicklung der Hochschule getan, beispielsweise durch den zuvor genannten Verkauf des Areals der Dollinger-Realschule und die Übernahme des Streubesitzes.

EBM Wersch fügt an, das Areal sei schon seit Jahren für die Hochschule vorgesehen und eine Investorenlösung gewünscht. Durch die Entwicklung der Hochschule und den genehmigten neuen Hochschulzweig sei Dynamik in das Thema gekommen. Man habe versucht festzustellen, ob ein oder mehrere Investoren gefunden werden könnten und den Eindruck gewonnen, dass kein bzw. nur ein begrenzter Markt zur Verfügung stehe. Darauf habe man ein Markterkundungsverfahren durchgeführt, das am 23.03. geendet habe. Als Ergebnis könne ein Teilerfolg festgehalten werden, da das Verfahren bestätigt habe, dass kein richtiger Markt bestehe. Man habe acht Anfragen erhalten und es seien drei Angebote abgegeben worden, wovon eines gleich habe ausgeschlossen werden müssen. Somit könne man nationales Recht anwenden und ein freihändiges Vergabeverfahren durchführen. Die Stadt sei am Verfahren beteiligt, da kein anderer Standort für das Vorhaben in Frage komme und das Grundstück der Stadt gehöre. Der Kreis sei mit im Boot, da er eine finanzielle Zusage von bis zu 2,5 Mio. Euro avisiert habe. Man müsse nun im weiteren Verfahren viele Dinge klären und sehen, ob man mit einem der Anbieter zum Abschluss komme.

StR Dullenkopf lässt wissen, die CDU-Fraktion sei gerne bereit, der Hochschule entgegen zu kommen und 3.000 Quadratmeter im Erbbaurecht zur Verfügung zu stellen. Man gehe davon aus, dass dort ein Gebäude für die Lehre mit einem angebauten Investoren-Zentrum geschaffen werde oder zwei Solitärgebäude. Dies stehe heute nicht zur Entscheidung an. Es sei zu begrüßen, wenn die Hochschule weitere Studienplätze anbieten könne.

StRin Kübler macht darauf aufmerksam, durch das Zusammentreffen von zwei Abiturjahrgängen im Jahr 2012 werde man in Baden-Württemberg 20 Prozent mehr Studienanfänger verzeichnen, weshalb es umso wichtiger und erfreulicher sei, ausreichend Studienplätze anbieten zu können. Das Ansinnen genieße bei der SPD-Fraktion daher hohe Sympathie. Ein Technologiezentrum biete ein interessantes Arbeitsumfeld, sei innovativ und eine hervorragende Ergänzung zum neuen Studiengang. Insgesamt brächte dieses Projekt eine Stärkung des Hochschulstandorts und eine Attraktivitätssteigerung der Stadt.

Die von Frau Kutter geschilderten Nebeneffekte müssten unbedingt unterbunden werden.

Die Freien Wähler begrüßten das Erbbaurecht für die Hochschule, um den neuen Studiengang möglichst bald auf den Weg bringen zu können, gibt StR Heinkele zur verstehen. Der vorgesehene Standort, die Zeitschiene und der gedachte Weg seien richtig. Man hoffe auf einen potenten Investor. Der neue Studiengang verbessere den ohnehin sehr guten Ruf der Hochschule.

StR Späh bezeichnet Bildungs- und Studienplätze für junge Menschen als sehr wichtig. Angesichts der energiepolitischen Entwicklung erscheine der neue Studiengang umso sinnvoller. Er diene

überdies der Standortsicherung als Hochschulstandort. Das gedachte Technologiezentrum würde den neuen Studiengang absichern. Die Grünen stimmten zu.

StR Funk äußert namens der FDP-Fraktion Freude zum Projekt und äußert die Hoffnung, dass es erfolgreich verlaufe.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, ein Erbbaurecht für einen Teilgrundstück von Flst. Nr. 2321/31 mit rd. 3000 qm auf die Dauer von 30 Jahren zum Zweck der Erweiterung der Hochschule Biberach und optional zum Bau eines Technologiezentrums zu bestellen.

**TOP 4 Neubau Räumliches Bildungszentrum
Schule und GT-Bereich
Entwurf und Kostenberechnung**

27/2011

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 27/2011 zur Beschlussfassung vor. Die öffentliche Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 14.03.2011.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der in Drucksache Nr. 27/2011 dargestellten Kostenberechnung wird zugestimmt.**
- 2. Die Finanzierung wird bei der Erstellung des HH-Plans 2012 auf Basis der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Erkenntnisse angepasst und dargestellt.**
- 3. Architekten und Fachingenieure werden mit den weiteren Planungs- und Betreuungsleistungen bis Leistungsphase 9 (Objektbetreuung und Dokumentation) beauftragt.**

TOP 5.1 Bekanntgaben - Rückerstattung von "Jugend-Aktiv" für mobile Jugendarbeit

OB Fettback lässt wissen, "Jugend-Aktiv" habe über das Regierungspräsidium Tübingen rund 22.000 Euro für die mobile Jugendsozialarbeit erhalten. Damit sei es "Jugend-Aktiv" nun möglich, 25.683 Euro an die Stadt zurück zu überweisen.

Dies zeige, dass die Auslagerung der Jugendarbeit auf "Jugend-Aktiv" die richtige Entscheidung gewesen sei, da ein Verein andere Mittel generieren könne als ein städtischer Betreiber.

TOP 6.1 Verschiedenes - WC-Situation auf den ehemals konfessionellen Friedhöfen

StR Dullenkopf bringt vor, er sei wiederholt auf die WC-Situation auf dem Alten Katholischen Friedhof angesprochen worden. Früher habe es dort offensichtlich ein städtisches Haus mit WC gegeben, das genutzt werden konnte, nun aber nicht mehr bestehe, weshalb es zeitweise offensichtlich sogar schwierig sei, überhaupt an Wasser zu kommen um beispielsweise die Hände zu waschen. Zur Situation beim Evangelischen Friedhof werde erklärt, dass Probleme vor allem bei Beerdigungen bestünden, da an diesen oft Personen teilnahmen, denen nicht klar sei, dass im Notfall auf den Bahnhof ausgewichen werden könne bzw. der Weg dorthin sei zu weit.

Die Verwaltung solle bis zu den Haushaltsplanberatungen Lösungen für diese Problematik überlegen. Seines Wissens habe es beim Evangelischen Friedhof einmal ein WC gegeben, das aber wegen Beschädigungen und ähnlichem geschlossen worden sei. Eine Regelung könnte daher beispielsweise so aussehen, dass ein WC nur für Beerdigungen geöffnet würde.

BM Kuhlmann erwidert, das Thema sei bekannt und man habe der zum Katholischen Friedhof vorstellig gewordenen Dame mitgeteilt, dass man sich um das Thema zum Haushaltsplan kümmern werde. Dies bedeute aber, dass eine Umsetzung erst 2012 erfolgen könne, was die besagte Frau nicht zufrieden gestellt habe.

StR Zügel gibt zu verstehen, man würde sich freuen, wenn das Bauverwaltungsamt in dieser Sache erfolgreich wäre. Die Freien Wähler hätten bereits zum Haushalt 2011 diesen Antrag gestellt und seien vom Dezernat IV auf die "Nette Toilette" verwiesen worden. Von diesem Antrag habe das Baudezernat offensichtlich nichts gewusst.

OB Fettback hält entgegen, das Bauverwaltungsamt müsse diesen Vorgang und den Antrag der Freien Wähler kennen.

TOP 6.2 Verschiedenes - Umgang mit waffenrechtlichen Vorschriften in Biberach

StR Keil berichtet, vor kurzem habe ein Gespräch mit Polizeibeamten zum Thema Sicherheit an Schulen stattgefunden. Gleichzeitig sei das Urteil im Fall Winnenden veröffentlicht worden. Dies habe sehr nachdenklich gemacht und er habe daraufhin bei Frau Länge zur Behandlung des Waffenrechts in der Stadt Biberach eine Anfrage gestartet. Die große Zahl an Waffen, die im Rahmen des Amnestieverfahrens abgegeben worden sei, habe ihn nachdenklich gemacht. Diese hohen Zahlen seien auch ein Hinweis auf ein ungelöstes Problem, da bei der Antwort von Frau Länge vom Ordnungsamt durchklinge, dass eine Kontrolle der sicheren Aufbewahrung im Privat- und Vereinsrahmen problematisch sei. In diesem Zusammenhang interessiere ihn auch, ob das geplante Bundesgesetz Auswirkungen für Biberach haben werde.

OB Fettback bestätigt, dass es sich um ein heikles Thema handle und dass ein einheitliches Waffenregister aufgebaut werden solle. Ferner sei man gesetzlich dazu verpflichtet, unangekündigte Kontrollen durchzuführen. Dies sei sehr personalintensiv, da solche Kontrollen bevorzugt in den Abendstunden stattfinden müssten. Man habe probierhalber nach einer nicht repräsentativen Auswahl solche unangekündigten Kontrollen durchgeführt. Die Zahl der dabei festgestellten Beanstandungen rechtfertige, das Thema nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, auch wenn die Stichproben nicht repräsentativ gewertet werden könnten. Man werde versuchen, diese Kontrollen über Drittorganisationen durchzuführen, die dann nur von einem Vollzugsbeamten begleitet werden müssten und personelle Entlastung bringen könnten. Hierzu starte man Anfragen an Behörden, ob beispielsweise ehemalige Mitarbeiter benannt werden könnten, die für Derartiges geeignet wären. Von Herrn Högerle von der Polizeidirektion habe man bereits eine Absage erhalten, da er keine geeignete Person benennen könne.

TOP 6.3 Verschiedenes - Informationen zum Hospiz

StRin Kapfer fragt, ob daran gedacht sei, das Hospiz mit dem Gemeinderat zu besichtigen bzw. über das Hospiz zu berichten. Da man auch finanziell mit im Boot sei, sollte man als Gemeinderat auf dem Laufenden sein.

OB Fettback äußert Verständnis für diesen Wunsch. Eine Besichtigungsmöglichkeit erscheine ihm aufgrund der Klientel fraglich. Eine Berichterstattung sei zu gegebener Zeit aber sicher möglich. Er kündigt an, sich der Sache anzunehmen.

TOP 6.4 Verschiedenes - Mittagessenbetreuung an der Braith-Grundschule

StR Späh bringt vor, mit dem Antrag, die Braith-Grundschule zur Ganztageschule auszubauen und dessen Bewilligung sei man die Verpflichtung eingegangen, Betreuungskräfte für die Mittagessenbetreuung von der Stadt zur Verfügung zu stellen. Von Eltern sei er darauf angesprochen worden, dass dies nicht umgesetzt sei und die Lehrer in die Pflicht genommen würden.

EBM Wersch gibt zu verstehen, bei Rektor Schmid sei dies wie dargelegt gelaufen und er habe dies sympathisch gefunden. Dies werde auch von anderen Schulen im Land entsprechend betrieben. Nun bestünden offenbar andere Überlegungen, die aber mit ihm nicht besprochen worden seien. Er könne den Sachverhalt gerne klären.

TOP 6.5 Verschiedenes - Jubiläum Blaues Kreuz und Nutzung Gigelberg-Turnhalle

StR Wiest bringt vor, im Mai 2011 feiere die Ortsgruppe Biberach des Blauen Kreuzes ihr 100-jähriges Bestehen in der Gigelberg-Turnhalle. Sie habe diese angemietet, erhalte aber offensichtlich keine Ermäßigung mit dem Hinweis, dass es sich um keinen eigenen Biberacher Verein handle, sondern nur um ein Anhängsel des Landesverbandes. Er bittet, der Frage nachzugehen.

OB Fettback **sagt zu**, den Sachverhalt prüfen zu lassen.

Es habe schon immer derartige Vereine gegeben und seines Wissens hätten auch schon nicht eingetragene Vereine derartige Ermäßigung erhalten. Ansonsten hätte die TG beispielsweise auch Probleme mit ihren Abteilungen. Sollte der Landesverband des Blauen Kreuzes als Mieter aufgetreten sein, wäre eine Ermäßigung zu Recht abgelehnt worden.

Gemeinderat, 28.03.2011, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:

OB Fettback

Stadtrat:

Wiest

Stadtrat:

Keil

Schriftführerin:

Appel

Gesehen:

EBM Wersch

Gesehen:

BM Kuhlmann